NEWSLETTER

FRANK JAHNKE

FÜR SIE. FÜR CHARLOTTENBURG.

SPD

Aktuelle Informationen von Frank Jahnke – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Mai / Juni 2020

Inhalt

Inhalt	Seite
EDITORIAL	1
WIRTSCHAFT Die Wilmersdorfer Straße im Corona-Modus	2
KULTUR Die Berliner Kulturszene in Zeiten von Corona	5
FAKTENCHECK CORONA Corona – alles nicht so schlimm?	6
SOZIALSTAAT Corona, die Wirtschaft und der Sozialstaat	8
MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP Umbruch Ost – Lebenswelten im Wandel	10
GOETHE15 MARKUS GRÖTEKE Wiedereröffnung der Ausstellung *Architekturfotografie*	12
TERMINVORSCHAU	12
WEITERE INFORMATIONEN	12

MARCELLUS-Statue mit Gesichtsmaske im Schlosspark Charlottenburg
Foto: Antonia Schneider

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die zurückliegenden Wochen haben einen seit Jahrzehnten nicht gekannten Stillstand des gesellschaftlichen Lebens mit sich gebracht. Gastronomie, Tourismus sowie der Großteil des kulturellen Lebens – alles Bereiche, die auch für die wirtschaftliche Prosperität einer Metropole wie Berlin essenziell sind – lagen seit Mitte März praktisch still. Der Handel wurde auf wenige Kernbereiche reduziert und kam erst nach Ostern schrittweise wieder in Gang, deutlich abzulesen in der sonst so belebten Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße (vgl. Artikel auf S. 4).

Das politische Leben im Land verlagerte sich in Videokonferenzen und Telefonschalten – von der großen »Schalte« der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Kanzlerin bis hin zu all den fachpolitischen Runden hier auf Berliner Landesebene. Dabei wurde übrigens deutlich, welche Dinge sich in Telefon- und Videokonferenzen gut und schnell erledigen lassen, aber auch, wo die Grenzen dieses virtuellen Miteinanders liegen, was vielleicht auch als Lehre für die »Nach-Corona-Zeit« nützlich sein könnte!

Die Veranstaltungen zum Gedenken an das Kriegsende und die Befreiung vom Nationalsozialismus vor 75 Jahren mussten in weitaus kleinerem Rahmen stattfinden als geplant – und leider auch größtenteils ohne die schon betagten Zeitzeugen aus aller Welt, die ursprünglich eingeladen waren. Die Erinnerung an 30 Jahre Deutsche Einheit ging in diesem Frühjahr weitgehend unter. Mein geplantes Charlottenburger Gespräch mit MARKUS MECKEL hierzu musste ebenfalls abgesagt werden, aber soll, wenn möglich, in diesem Jahr noch nachgeholt werden. Mein Wahlkreisbüro GOETHE15 hat jetzt wieder zu den gewohnten Zeiten geöffnet, aber mit den nötigen Vorsichtsregeln. Denn das Wichtigste ist: Bleiben Sie gesund!

Ihr / Euer

Die Wilmersdorfer Straße im Corona-Modus

Normalerweise eine der Haupteinkaufsstraßen Berlins und zugleich Zentrum der Nahversorgung in meinem Wahlkreis, war auch die Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße für fünf Wochen im Wesentlichen stillgelegt. Bedingt durch die Corona-Krise musste ab dem 18. März fast der gesamte Handel in Berlin schließen – ausgenommen waren nur Lebensmittelhandel, Drogerien, Buchhandlungen, Apotheken und Baumärkte.

In der Wilmersdorfer Straße mussten damit die meisten Geschäfte ebenfalls schließen, bei KARSTADT hatte nur noch die Lebensmittelabteilung geöffnet und auch in den WILMERSDORFER ARKADEN blieb nicht viel mehr als EDEKA und der MÜLLER-Drogeriemarkt offen. Das Ostergeschäft fiel in diesem Jahr weitgehend aus oder verlagerte sich ins Internet, während die Kosten für den ortsansässigen Handel größtenteils unvermindert weiterliefen. Die Gastronomie wurde auf Außer-Haus-Verkäufe reduziert, womit aber nur ein Bruchteil der normalen Umsätze zu erwirtschaften ist, und das schon traditionelle Straßenfest Anfang Mai in der Wilmersdorfer konnte dieses Jahr natürlich auch nicht stattfinden.

Die Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße Mitte April 2020 – deutlich leerer als gewohnt und Passanten mit Schutzmaske
Foto: Frank Jahnke

Karstadt-Filialleiter TORSTEN DUNKELMANN (li.) erläutert – im gebotenen Sicherheitsabstand – dem Wahlkreisabgeordneten FRANK JAHNKE (re.) das Hygiene-Konzept am Tag vor der partiellen Wiedereröffnung am 22. April 2020.
Foto: Yvonne Aumann

Die Fußgängerfrequenz in der Wilmersdorfer Straße wurde hierdurch stark reduziert, was allerdings auch genau das Ziel der Eindämmungsmaßnahmen war. Bei allem Frust über diese weitgehende Lahmlegung des öffentlichen Lebens darf ja keinesfalls übersehen werden, dass zu dem Zeitpunkt Mitte März in anderen Ländern, insbesondere in Italien, bereits tausende von Toten und eine eklatante Überbelastung des Gesundheitssystems durch die neue hochansteckende Krankheit zu beklagen waren. In Deutschland sollte und wurde alles unternommen, um eine solche Entwicklung zu vermeiden. Tatsächlich gelang es durch die konsequent eingeleiteten Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen, den auch in Berlin bereits exponentiellen Anstieg der Neuinfektionen zu bremsen, und den Verdoppelungszeitraum deutlich zu verlängern.

Basierend auf den Vereinbarungen zwischen den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Bundeskanzlerin konnte der Berliner Senat nach den Osterferien eine gelockerte *SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmenverordnung* – so die offizielle Bezeichnung – erlassen, die ab dem 22. April die Wiedereröffnung der meisten Geschäfte ermöglichte, sofern die Verkaufsfläche 800 qm nicht überschritt. Für viele kleinere Geschäfte war dies der ersehnte Neustart, während beispielsweise der MEDIAMARKT und andere größere Läden eine z. T.

erhebliche Reduzierung ihrer Verkaufsfläche vornehmen mussten.

Hart traf diese Flächenbegrenzung vor allem die für Berlin so wichtigen Kaufhäuser und insbesondere an der Wilmersdorfer Straße

Begehung mit der AG Wilmersdorfer Straße Anfang Mai mit (v.l.n.r) FELIX NIECKE, Center-Manager der Wilmersdorfer Arkaden, THOMAS BONG, Vorsitzender der AG Wilmersdorfer Straße, FRANK JAHNKE, MdA, und STEFAN WARWEITZKI, McDonald's-Geschäftsführer
Foto: Antonia Schneider

das Kaufhaus GALERIA KARSTADT KAUFHOF, wie unser KARSTADT nun neu firmiert. Von den über 12.000 qm Verkaufsfläche, die das Kaufhaus normalerweise hat, jetzt 800 qm abzutrennen und hier dennoch einen relevanten Teil des Warensortiments zu offerieren, stellte schon eine besondere Herausforderung dar. Im Erdgeschoss, wo die 800 qm nicht einmal die Hälfte der zur Verfügung stehenden Fläche ausmachten, richteten die KARSTADT-Beschäftigten ein ausgeklügeltes »Einbahnstraßensystem« ein, das die Kundschaft an ausgewählten Teilen des Sortiments vorbei führte. An extra eingerichteten »Service-Points« konnten dann auch Waren aus den oberen Stockwerken geordert werden; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren hierzu mittels Headsets untereinander verbunden.

Da jedoch aus Gründen des Infektionsschutzes pro Person mindestens 20 qm zur Verfügung stehen mussten, durften sich auf den 800 qm auch nicht mehr als 40 Personen befinden – inklusive des Verkaufspersonals –, also maximal 35 Kunden im Haus. Ein normales Shopping-Erlebnis ist unter diesen Bedingungen kaum möglich, wie KARSTADT-Filialleiter TORSTEN DUNKELMANN betont, aber *Karstadt* in der Wilmersdorfer Straße konnte in diesen Tagen Ende April endlich wieder seine Funktion als Nahversorger für die Bevölkerung in Charlottenburg-Wilmersdorf erfüllen, und die rund 100 Beschäftigten des Kaufhauses leisteten eine hervorragende Arbeit!

Die 800-qm-Regel war keineswegs auf Wunsch von Berlin eingeführt worden, sondern der Regierende Bürgermeister MICHAEL MÜLLER hatte sie zu verhindern versucht, doch eine Mehrheit der Ministerpräsidenten der Union hatte diese Grenze gemeinsam mit Kanzlerin ANGELA MERKEL durchgesetzt. In der praktischen Umsetzung dieser Regel kam es dann aber auch noch zu Widersprüchlichkeiten, die in der Wilmersdorfer Straße besonders augenfällig wurden: Während KARSTADT als ein Haus zählte und sich, wie oben beschrieben, mühsam auf 800 qm beschränken musste, durften die WILMERSDORFER ARKADEN schräg gegenüber insgesamt öffnen, da die 800 qm für jedes Geschäft einzeln zählten, wobei nur zwei Geschäfte darüber lagen

Zugangskontrolle zu den Wilmersdorfer Arcaden, um die Zahl der Personen im Verhältnis zur Gesamtfläche nicht zu hoch werden zu lassen. Da sich die Kunden im Center unterschiedlich verteilen, müssen die Geschäfte ihrerseits eigene Zugangsregelungen finden.
Foto: Frank Jahnke

und ihre Fläche entsprechend reduzieren mussten. Gegen diese Ungleichbehandlung klagte das Kaufhaus KaDeWe erfolgreich – mit der Folge, dass ab dem 2. Mai auch alle Berliner Kaufhäuser wieder auf ihrer gesamten Fläche öffnen durften.

Einbahnstraßenverkehr in einem Schuhgeschäft zur Vermeidung zu engen Kontakts unter den Kunden
Foto: Frank Jahnke

Die Anfang Mai erlassene neue Eindämmungsverordnung des Senats, hob die 800-qm-Regel dann auch offiziell auf. Die Beschränkung, dass pro 20 qm Verkaufsfläche nur eine Person zugelassen ist, der Abstand von 1,5 m zwischen Personen einzuhalten ist und in den Geschäften Mund- und Nasenschutz getragen werden muss, bleibt jedoch besehen. Diese Vorsichtsmaßnahme erscheint vor dem Hintergrund der nach wie vor nicht gebannten Gefahr durch das Corona-Virus und bereits über 7000 Toten auch in Deutschland mehr als gerechtfertigt. Es ist unbegreiflich, wie sich insbesondere FDP und AfD im seit Anfang Mai wieder tagenden Wirtschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses gegenseitig mit sorglosen Lockerungsforderungen überbieten, da die bisherigen Maßnahmen ihrer Meinung nach »unverhältnismäßig« gewesen seien!

Die AG Wilmersdorfer Straße der örtlichen Geschäftsleute geht verantwortungsvoller mit der Situation um: Am 5. Mai lud sie zu einer gemeinsamen Begehung der Fußgängerzone mit der Politik ein. Als Wahlkreisabgeordneter nahm ich daran teil und überzeugte mich, wie Warteschlangen vor den Geschäften organisiert werden, auch der Zugang zu den Wilmersdorfer Arkaden entsprechend geregelt wird und Begegnungszonen abgebaut sind, um die Infektionsgefahr so gering wie möglich zu halten. Die AG Wilmersdorfer Straße würde auch den Fußgängerverkehr im nun wieder belebteren öffentlichen Straßenraum gerne in einer Art »Einbahnstraßensystem kanalisieren«, um zu nahe Begegnungen zu vermeiden. Doch leider war der für das Ordnungsamt zuständige Stadtrat Arne Herz der Einladung der Geschäftsleute nicht gefolgt.

Insgesamt wäre den Geschäftsleuten eine Perspektive wichtig – ein Plan, wie das öffentliche Leben schrittweise zurückkehrt. Angesichts des ungewissen Verlaufs einer Pandemie, für die es keinen »Masterplan« geben kann, solange auch noch kein Impfstoff entwickelt wurde, ist dies aber auch nur bedingt möglich. Die Gastronomie soll ab Mitte Mai eingeschränkt wieder öffnen, in ähnlicher Weise, wie es bei Beginn der Pandemie Anfang März praktiziert wurde. Für eine Theaterkasse beispielsweise bleibt die Geschäftsgrundlage weiter entzogen, solange keine Veranstaltungen stattfinden dürfen und alle Bühnen bis mindestens August geschlossen bleiben, und auch Reisebüros können nicht dauerhaft nur als »Rückerstattungsagenturen« fungieren.

Doch das Leben ist ein Stück weit in die Wilmersdorfer Straße zurückgekehrt. In den Wilmersdorfer Arkaden finden zur Zeit umfangreiche Umbaumaßnahmen statt, um sich für die Zukunft zu wappnen, beispielsweise mit einer großen Markthalle im Untergeschoss, wo hochwertige Lebensmittel angeboten werden sollen. Karstadt steht den Kundinnen und Kunden wieder mit sämtlichen Etagen offen und setzt sein Hygienekonzept konsequent um, auch wenn das Shopping-Erlebnis mit Mund- und Nasenschutz sowie Abstandsregelungen noch nicht wieder dasselbe sein kann wie zuvor. Alle verantwortungsvoll denkenden Akteure wissen jedoch, dass diese Corona-Krise kein Wunschkonzert ist, keine Situation, die irgendjemand bewusst herbeigeführt hätte, die wir aber gemeinsam meistern werden! ■

Die Berliner Kulturszene in Zeiten von Corona

Es geschah Ende der zweiten Märzwoche, als in Berlin der Vorhang für sämtliche geplanten Veranstaltungen, insbesondere in den Theatern, Opern und Konzertsälen fiel. Die Berlinale war gerade noch am 1. März erfolgreich zu Ende geführt worden, doch die für den 3. März geplante Eröffnung der ITB wurde bereits abgesagt. Die von Gesundheitsminister JENS SPAHN Anfang März geforderte Absage sämtlicher Veranstaltungen ab 1000 Teilnehmern war bald schon Makulatur und ab Mitte März wurden weitaus kleinere Veranstaltungen verboten. Die entsetzlichen Bilder aus Italien, wo Tausende mit Corona infizierter Menschen nicht mehr entsprechend medizinisch versorgt werden konnten und die Zahl der Todesopfer in die Höhe schnellte, ließen keine andere Wahl.

Die Saison an der Deutschen Oper geht vorerst nicht weiter: Noch immer hängt der Spielplan für März aus mit den Streichungen ab dem 12. März. Foto: Antonia Schneider

Die Revue zum 130. Jubiläum der FREIEN VOLKSBÜHNE musste ebenso entfallen wie die CASTORF-Premiere von ERICH KÄSTNERS *Fabian* am BERLINER ENSEMBLE oder die Neuinszenierung von JAROMIR WEINBERGERS Erfolgsstück *Schwanda, der Dudelsackpfeifer* an der KOMISCHEN OPER. Doch auch kleinere Veranstaltungen der freien Theater- und Tanzszene oder Konzerte in Kirchen wie an anderen regionalen Veranstaltungsorten durften seit Mitte März nicht mehr stattfinden. Sämtliche Museen, Ausstellungen und Bibliotheken mussten ihre Pforten schließen.

Die Folgen für die Berliner Kulturschaffenden sind verheerend – und zwar nicht nur für die auf der Bühne stehenden Darstellerinnen und Darsteller aus Musik, Tanz und Schauspiel, sondern auch für die zahlreichen Kreativen, die im Auftrag von Theatern, Opern oder Orchestern tätig sind. Wenn beispielsweise die Erstellung von Bühnenbildern oder Kostümen üblicherweise von Stadttheatern landauf, landab an Externe vergeben werden, sind diese vom Stillstand des kulturellen Lebens ebenso betroffen wie Künstlerinnen und Künstler, die für ihre vereinbarten Engagements, die nun gar nicht oder unbestimmte Zeit später zustande kommen, auch nur begrenzt auf Ausfallhonorare hoffen können.

Das Land Berlin hat angesichts der großen Zahl von Soloselbständigen schnell reagiert und im *Soforthilfeprogramm II* Zuschüsse über die IBB in Höhe von 5.000 € ausgereicht. Diese wurde noch ergänzt durch 9.000 € aus Bundesmitteln, welche aber nur für bestimmte Formen der Betriebskosten gegen Nachweis vergeben werden. So konnte binnen weniger Tage rund 200.000 Soloselbständigen und Kleinstunternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten geholfen werden, darunter etwa 60.000 aus dem Kulturbereich.

Unbenommen ist ein einmaliger Zuschuss von 5.000 € oder sogar – mit Bundesmitteln – von 14.000 € für viele Betroffene nur ein Schritt, um über die erste Durststrecke zu kommen, aber wichtig war, dass es sich um Zuschüsse handelte und nicht um Kredite. Es ist für die allermeisten Kulturschaffenden kaum denkbar, einen Kredit zu bedienen, wenn das Kulturleben hoffentlich in der zweiten Jahreshälfte wieder in Gang kommt, die Einnahmen aber auch dann für die Deckung der weiterlaufenden Kosten dringend benötigt werden.

Für die vom Land Berlin institutionell geförderten Kultureinrichtungen ergibt sich die Notwendigkeit, Fördermittel nun anders einzusetzen als ursprünglich geplant. Etliche renommierte Häuser bieten Vorstellungen über Online-Portale als kleinen Ersatz – von der SCHAUBÜHNE, über das MAXIM-GORKI-THEATER bis zum GRIPS. Die BERLINER PHILHARMONIKER verfügen ohnehin über ihre *Digital Concert Hall*. Aber

dies alles ist natürlich nur schwacher Trost angesichts einer Spielzeit 2019/20, die nun bis Ende Juli erst einmal ausfällt!

Noch dramatischer ist die Situation allerdings für die zahlreichen privatrechtlich organisierten Kulturinstitutionen, die überhaupt nicht oder nur zu einem sehr geringen Teil öffentlich gefördert werden. Dies reicht von den privaten Theatern und Veranstaltungsorten der freien Szene über die Varietés, Kinos und Clubs bis hin zur URANIA. Für diese Zielgruppe hat der Senat das *Soforthilfeprogramm IV* aufgelegt, das zunächst mit 30 Mio. € ausgestattet ist. Die Mittel

Auch hier, am Schiller-Theater, führt der rote Teppich nur zu geschlossenen Pforten.
Foto: Jaspar Seidlitz

können dieser Tage beantragt werden und sollen in der zweiten Maihälfte fließen. Die Kulturverwaltung überprüft hierzu die kulturpolitische Relevanz der jeweiligen Institution und ein ressortübergreifend gebildeter Bewilligungsausschuss entscheidet auf der Basis dieser Empfehlung über die Mittelvergabe. Da angesichts des voraussehbaren Bedarfs die zur Verfügung stehende Summe von 30 Mio. € zu gering sein könnte, wird versucht, auch hier den Bund ins Boot zu holen.

Die weitere Entwicklung im Kulturbereich hängt, wie auch in allen anderen Bereichen, von der weiter erfolgreichen Eindämmung der Pandemie ab. Es ist zu begrüßen, wenn im Laufe des Monats Mai die Museen, Ausstellungen und Bibliotheken allmählich wieder öffnen, wenn auch unter besonderen Vorkehrungen und auch an den Musikschulen in begrenztem Maße wieder Unterricht stattfinden kann. Es bleibt zu hoffen, dass die Bühnen tatsächlich im Spätsommer 2020 in die neue Spielzeit starten können – und sei es auch unter eingeschränkten Bedingungen-, denn ein zweiter *Lockdown* wäre die noch schlimmere Konsequenz! ■

Faktencheck Corona

Corona – alles nicht so schlimm?

In den letzten Tagen fanden deutschlandweit immer wieder Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen statt – trotz vielfacher Lockerungen. Viele Menschen werden immer ungeduldiger und machen ihre Ungeduld sowohl durch Demonstrationen als auch durch ihr alltägliches Verhalten deutlich. Niemand möchte, dass die Corona-Lage auf Dauer gestellt ist, auch die Politik nicht.

Aber weder verschwindet das Virus deshalb einfach noch wird es weniger gefährlich. Es bleibt entscheidend, die Regeln weiterhin zu beachten und nicht leichtsinnig zu werden. Wir alle müssen darauf achten, nicht auf die zahlreich in den sozialen Medien, aber auch durch Politik und Wirtschaft verbreiteten Falschmeldungen und Fehleinschätzungen hereinzufallen.

Erste Fehleinschätzung: Die Maßnahmen gegen Corona sind übertrieben

Sehr häufig ist z. B. die »Meinung« zu vernehmen, dass alles »ja gar nicht so schlimm gewesen« sei und deshalb die Maßnahmen für übertrieben erklärt werden. Diese Fehleinschätzung beruht auf der Tatsache, dass die ohne langes Zögern eingeführten Maßnahmen Wirkung zeigen und die Reproduktionszahl R_0 schnell auf einen Wert unter 1 gesunken ist, sodass ein Infizierter wiederum weniger als eine Person ansteckt und das Gesundheitssystem nicht überlastet wurde. Zudem werden dadurch viele Menschen vor einer belastenden Therapie, schweren Folgeerkrankungen und dem Tod bewahrt. Das Risiko an Covid-19 zu versterben, wenn erst einmal eine intensivmedizinische Behandlung notwendig geworden ist, bleibt unverändert hoch – Covid-19 ist keine harmlose Krankheit!

Es stimmt, man kann derzeit noch nicht sagen, welche Maßnahme genau welchen Effekt gehabt hat; was aber passiert wäre, wenn man das Maßnahmenpaket nicht ergriffen oder gezögert hätte, kann man sich in Norditalien oder in New York ansehen. Sicher, Norditalien mag weniger Intensivbetten haben als Deutschland, die USA aber nicht. Bilder von leeren Krankenhausbetten sind kein Beleg dafür, dass die Maßnahmen übertrieben waren, sondern für ihr Gegenteil. Es ist das – paradoxe – Grundprinzip guter Prävention: Weil die Maßnahmen wirken, sieht man überhaupt nicht mehr, welche **Katastrophe** man **verhindert** hat! Und weil sie so erfolgreich sind, können wir jetzt die Maßnahmen wieder etwas lockern.

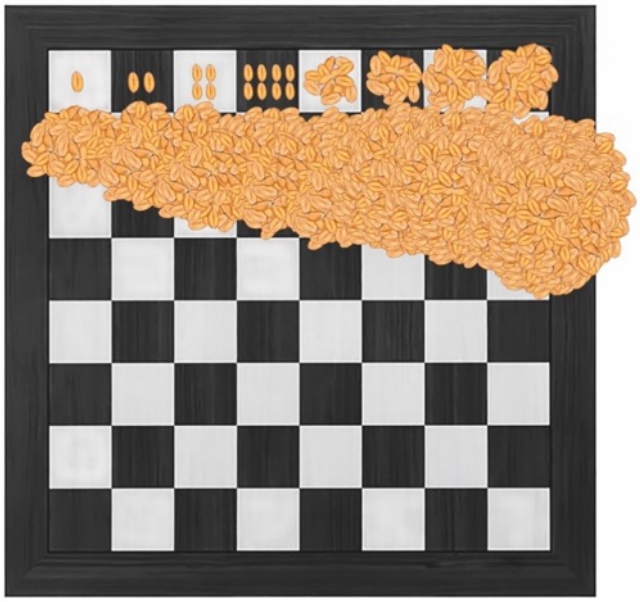
Zweite Fehleinschätzung: Die Lockerungen bedeuten, dass »alles wieder gut ist«

Die derzeit niedrige Reproduktionsrate (R_0) ist trügerisch und die Lockerungen bedeuten nicht, dass jetzt »wieder alles gut« und die Gefahr gebannt ist. Es geht bei den Lockerungen darum, die wirtschaftlichen Schäden zu begrenzen und vorsichtig ein Stück Normalität zurückzuholen.

Die Situation ist ebenfalls paradox: Indem die Maßnahmen gut wirken, unterschätzen die Menschen die Gefahr und vernachlässigen die Regeln, was wiederum einen Anstieg der Fallzahlen bedeuten kann und dann wären die Maßnahmen erneut nötig. Denn es gibt immer noch keinen Impfstoff und kein Medikament und noch immer sind viel zu wenige Menschen immun gegen das Virus.

Da keine Grundimmunität in der Bevölkerung vorhanden ist, würde ohne die schützenden Maßnahmen ein Infizierter im Mittel drei weitere Personen anstecken, die Reproduktionszahl R_0 läge dann bei 3. Das bedeutet freilich nicht, dass ein Infizierter immer genau drei andere Personen ansteckt – das jüngste Beispiel aus Korea zeigt, dass eine Person auch 200 weitere infizieren kann, wenn denn nur genug Personen längere Zeit dicht beieinander sind wie in einem Club, einem Theater, im Kino oder im Konzert.

Die Zahl der Infizierten würde ohne die Maßnahmen exponentiell wachsen und genau das wird häufig unterschätzt, wie eine Geschichte aus dem alten Indien zeigt: Ein Brahmane soll für einen Herrscher das Brettspiel Schach erfunden haben; ihm wurde dafür ein freier Wunsch gewährt. Der Brahmane wünschte sich, dass auf das erste Feld des Schachbretts ein Weizenkorn gelegt werde, auf das zweite Feld das Doppelte, also zwei Körner, auf das dritte wiederum die doppelte Menge, also vier Körner usw. Der Herrscher gewährte lachend den »bescheidenen« Wunsch und ließ einen Sack Getreide bringen. Der Brahmane bat nun darum, dass die Hofmathematiker nun die genaue Menge ermittelten, da ein Sack hier nicht ganz ausreiche. Die Berechnung ergab, dass auf dem letzten, dem 64. Feld am Ende mehr als 9 Trillionen (2^{63}) Körner zu liegen hätten – mehr als alles Getreide der Welt!



Auf jedem Feld verdoppelt sich die Anzahl der Weizenkörner, ihre Anzahl wächst exponentiell mit der Basis 2. Der Herrscher hatte das aufgrund der anfangs kleinen Werte unterschätzt.
Illustration: Antonia Schneider

Das Beispiel zeigt, dass die anfangs kleinen Mengen den Herrscher zu einer Fehleinschätzung verleiteten und der Brahmane ihm eine unkontrollierbare Situation beschert hatte. Ein exponentielles Wachstum von Corona-Infizierten würde auch hier Deutschland und Berlin die Situation sehr schnell außer Kontrolle geraten lassen! Nachlässigkeit und Leichtsinn können wir uns – auch wirtschaftlich – nicht leisten, wir müssen alle gemeinsam dafür sorgen, dass die Zahlen niedrig bleiben!

Was bedeuten die Marker »Verdopplungsrate« und »Reproduktionsrate«?

Auf welche Zahlen dabei geschaut wird, ist abhängig von der jeweiligen Phase, in der sich der epidemische Verlauf gerade befindet. In der Anfangsphase war die Verdopplungsrate wichtig, also die Rate, die angibt, innerhalb welcher Zeit sich die Zahl der Neuinfizierten verdoppelt hat. Dieser Marker ist solange wichtig, wie das Wachstum der Neuinfektionen exponentiell ist. Der Marker R_0 rückt bei der Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmen in den Fokus. Er gibt an, wie viele Personen ein Infizierter im Schnitt ansteckt. Der Punkt, bei dem R_0 zu fallen beginnt, liegt etwa dort, wo die Kurve für Deutschland das exponentielle Wachstum verlassen hat. Liegt R_0 bspw. bei 1, heißt das, ein Infizierter steckt eine weitere Person an. Das ist aber nur solange in Ordnung, wie auch die Zahl der Neuinfektionen gering ist. Liegt diese etwa bei 4.000 pro Tag, dann bedeutet das, jeden Tag kommen weitere 4.000 Infektionen dazu. Deshalb ist die Zahl der Neuinfektionen ebenso wichtig wie der Faktor R_0, denn liegt die Zahl der Neuinfektionen zu hoch, dann kann selbst ein kleiner Anstieg bei R_0 wieder in den gefährlichen Bereich des exponentiellen Wachstums führen. ■

Corona, die Wirtschaft und der Sozialstaat

Die durch das sich global rasch verbreitende SARS-Cov-2-Virus ausgelöste Erkrankung Covid-19 oder »Corona« offenbart die Anfälligkeit eines globalen Wirtschaftssystems, das in den letzten Jahrzehnten zunehmend auf die Auslagerung der Produktion an Billiglohnstandorte, Minimierung der Lager- und Vorratshaltung, globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten und Profitmaximierung ausgelegt wurde.

Unstrittig ist, dass die Restrukturierung der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu erheblichen Produktivitätsgewinnen und zu einer enormen Steigerung der Wertschöpfung und der Profite geführt hat. Als Neoliberalismus bezeichnet man dabei die Ausdehnung entsprechender ökonomischer Effizienz- und Flexibilisierungskriterien über den wirtschaftlichen Sektor hinaus hinein in die sozialen Verhältnisse und die Lebenswelten der Menschen.

Nicht erst hier und heute wird sichtbar, dass diese »Übergriffigkeit« oder, wie es in der Sozialtheorie heißt, »Kolonialisierung der Lebenswelt« problematisch ist. Die Geschäftsmodelle zahlreicher Start-ups, KMUs, Soloselbständiger, Freelancer und Kulturunternehmer geraten erheblich unter Druck. Selbst große Unternehmen müssen Kurzarbeit anmelden. Umso wichtiger ist es, wie es die Bundesregierung und der Berliner Senat getan haben, rasche und unbürokratische Hilfen bereit zu stellen, um die Folgen der Pandemie für die Gesellschaft abzufedern. Denn nicht nur muss die Verbreitung des Virus unter Kontrolle gebracht werden, auch die wirtschaftlichen und sozialen Kollateralschäden müssen begrenzt und abgefangen werden. Kipppunkte, die zu Abwärtsspiralen führen könnten, sind zu identifizieren, um schnell und wirksam gegenzusteuern.

Hierzu ist auch die Hilfe der Wissenschaft gefragt. Gute Politik übernimmt Verantwortung, verfährt nicht populistisch und hört Experten verschiedener Fachgebiete, um die Vielfalt der Optionen zu sehen und dann nach Maßgabe politischer Werte zu handeln. Diese Werte beschreiben, für welche Gesellschaft eine Partei politisch einsteht. Solidarität, soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit und Selbstverwirklichung jenseits von Klassen, Schichten, Geschlechtszugehörigkeit oder Herkunft sind die Werte, für die die **SPD** eintritt. Mit anderen Worten: Keine marktkonforme, sondern eine soziale Demokratie, keine alternativlose Politik, sondern Abwägung der vielfachen berechtigten Einzelinteressen zum Wohle aller.

Geschlossenes Geschäft in der Goethestraße zu Beginn der Maßnahmen gegen Corona Mitte März 2020. Später konnten hier handgenähte Gesichtsmasken an der Ladentür erworben werden, mittlerweile ist wieder ganz geöffnet. Dennoch ist sicher der Maskenverkauf nur ein Tropfen auf den heißen Stein.
Foto: Antonia Schneider

Die kürzlich veröffentlichte Ad-hoc-Studie der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften kann hierbei helfen. Anders als die höchst umstrittene, kürzlich erschienene LEOPOLDINA-Studie gibt die Studie von *acatech* (vgl. *acatech Impuls* vom 27.03.2020) einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Dimension der Lage, ohne einen Zweifel an der Prioritätensetzung zu lassen, nämlich dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Um es noch einmal klar zu sagen: Gesundheit und Schutz von Leben für alle Altersstufen ist das primäre Ziel, nicht die Sicherung von Profitraten und Aktienrenditen!

Allerdings ist auch der Gesundheitsschutz nur möglich, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einerseits und Unternehmen andererseits geschützt werden sowie die Versorgung der Bevölkerung gesichert ist. Besonders wertvoll erscheint mir hier der Hinweis, dass die Start-up-Szene für den Innovationsstandort Deutschland systemrelevant ist. Für Berlin gilt das umso mehr. Zum zweiten sieht die *acatech*-Studie in der Digitalisierung einen

wichtigen Schutzmechanismus gegen das Corona-Virus. Virtuelle Konferenzen, Homeoffice-Lösungen etc. minimieren ganz offensichtlich die Ansteckungsgefahr. Da die Digitalisierung eine strategische Bedeutung in der Berliner Wirtschaftspolitik hat, gilt auch dies für unsere Stadt umso mehr.

Ich bin überzeugt, dass die demokratischen Parteien diesen Prozess wirksam beherrschen und einen Weg finden werden, um unsere Gesellschaft bestmöglich durch die Krise zu steuern. Insbesondere hilfreich dafür ist der sozialdemokratische Leitkompass, der nicht nur volkswirtschaftliche Kenngrößen im Auge hat, sondern die Menschen. Diese »sozialdemokratische Erbmasse«, wie es der „Tagesspiegel" in einem bemerkenswert wachen Augenblick kürzlich genannt hat, nötigt aber auch dazu, einen Blick auf die Verhältnisse nach der Corona-Krise zu werfen. Und hier müssen wir uns die Frage stellen, ob uns nicht die neoliberale Brille in die Irre geführt hat. Obwohl das Weißbuch zur Bundeswehr 2016 eindrücklich vor einer Pandemie, wie wir sie jetzt erleben, gewarnt hatte, wurden weder medizinische Schutzmasken noch Desinfektionsmittel oder Beatmungsgeräte eingelagert und für einen Krisenfall vorgehalten. Die Umstellung des Gesundheitswesens wurde auch unter dem derzeitigen Bundesgesundheitsminister JENS SPAHN (CDU) weiter vorangetrieben.

Der HAUPTSTADROCKER bietet am Tag vor der gänzlichen Schließung des Einzelhandels noch T-Shirts mit gewollt burschikoser Aufschrift an.
Foto: Antonia Schneider

In dieser Hinsicht wird man auch im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels und die Biodiversitätskrise umdenken müssen. Man wird auch darüber nachdenken müssen, welche sozialpolitischen Signale der Staat zukünftig aussenden möchte. Arbeitslosigkeit ist selten ein selbstgewähltes Schicksal, sondern von gesellschaftsweiten Entwicklungen abhängig. Durch die schnelle Reaktion der Bundesregierung haben wir derzeit ein Krisengrundeinkommen. Wir wollen ein existenzsicherndes Bürgergeld ohne unmittelbare Vermögensprüfung. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Art sowie Selbstständige und Freelancer ist das der bessere Weg, anstatt im derzeitigen Hartz-IV-System zerrieben und herabgewürdigt zu werden. Wer auch nur einmal mit dem Jobcenter zu tun bekam, der kann von mannigfaltigen Diskriminierungen und Maßnahmen berichten, die bestenfalls nicht weiterhelfen und schlechterdings Abstiegsängste befeuern. Für viele Betroffene ist der Sozialstaat daher mit Hartz IV bei weitem nicht so hilfreich, wie er sein könnte und wie er – das zeigt sich ja gerade jetzt in der Corona-Krise – eben auch sein kann.

Die nächsten Wochen und Monate werden nun von entscheidender Bedeutung sein, um die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Dabei ist eine durchsetzungsfähige SPD in der Bundesregierung und in den Landesregierungen so wichtig wie lange nicht mehr. Die Unionsparteien werden nun alles daransetzen, den Zustand der Vor-Corona-Zeit möglichst schnell wiederherzustellen. Horrende Milliardensummen Steuergeld könnten direkt oder indirekt an Großunternehmen fließen, die praktisch im selben Moment Stellen abbauen, Dividende ausschütten oder in den absurdesten Fällen sogar noch Steueroasen in Anspruch nehmen. Diese Art der Krisenbewältigung darf unsere Gesellschaft nicht zulassen! Selbstverständlich ist die Rettung von Großkonzernen notwendig – oder meinetwegen »systemrelevant«, da Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze in erheblichem Maße davon abhängen. Aber wenn unsere Gesellschaft hier als Kredit- oder Zuschussgeber auftritt, dann nur zu Bedingungen, von denen auch die Gesamtgesellschaft nachhaltig profitiert. Dabei dürfen wir nicht zulassen, dass wirtschaftspolitische Prosperität auf steigende Börsenkurse reduziert wird. Vielmehr müssen die Investitionen zu einer modernen, nachhaltigen, digitalen und gerechten Wirtschaft beitragen und dürfen auch mittelständische und kleine Unternehmen nicht außer Acht lassen. ■

Mein aktueller Ausstellungstipp

Umbruch Ost – Lebenswelten im Wandel

Nachdem im März sämtliche Museen und Ausstellungen aufgrund der Corona-Pandemie schließen mussten und auch jetzt im Mai erst langsam wieder an den Start gehen, gibt es doch eine Ausstellung, die Mitte März noch eröffnet wurde und seither die ganze Zeit über zugänglich blieb. Es handelt sich um die dritte Open-Air-Ausstellung vor dem Berliner Abgeordnetenhaus im Zuge des dreißigsten Jubiläums von Mauerfall und Wiedervereinigung 1989/90.

Im vergangenen Sommer wurde bereits die Ausstellung *Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit* gezeigt (die in den Fluren des Abgeordnetenhauses auch noch auszugsweise zu sehen ist, derzeit aber leider nicht öffentlich zugänglich). Im Herbst folgte dann die Ausstellung *Schön aber ist es, dass die Mauer Löcher bekommen hat* über die direkten Ereignisse rund um die Mauer. Aktuell ist nun vor dem Abgeordnetenhaus die dritte Ausstellung zu sehen, die sich mit den Veränderungen der Lebenswelten in der ehemaligen DDR während der neunziger Jahre und bis hinein in das 21. Jahrhundert beschäftigt und den durchaus passenden Titel *Umbruch Ost* trägt.

Die Ausstellung Umbruch Ost vor dem Berliner Abgeordnetenhaus
Foto: Frank Jahnke

Ein Schwerpunkt hierbei ist naturgemäß der ökonomische Umbruch, die völlige Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, des Handels, der Gastronomie und Reisemöglichkeiten sowie des Arbeitslebens – gerade auch bezüglich der Erwerbstätigkeit von Frauen. Unter Titeln wie »Endlich Westen« oder »Vertrauen« zeigen die zweisprachig beschrifteten und mit zahlreichen Fotos versehenen Stelltafeln, welche Zuversicht in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung 1990 vorherrschte. Aber die nächsten Tafeln zeigen dann auch, wie die Euphorie sehr schnell einem weit verbreiteten Einheitsfrust Platz machte, als Betriebe bald geschlossen wurden und viele Bürgerinnen und Bürger erstmalig die Erfahrung der Arbeitslosigkeit machten. Das anfangs vorhandene große Vertrauen in den Westen und sein ökonomisches System wich bald einem Misstrauen in die neuen Institutionen, und Überschriften wie »Treuhand« oder »Abwicklung« stehen nun über den entsprechenden Stelltafeln zu den frühen neunziger Jahren.

Goodbye Lenin in der Realität: Das Lenin-Denkmal wird im November 1991 in seine Einzelteile zerlegt und nach Köpenick abtransportiert.
Foto: Frank Jahnke

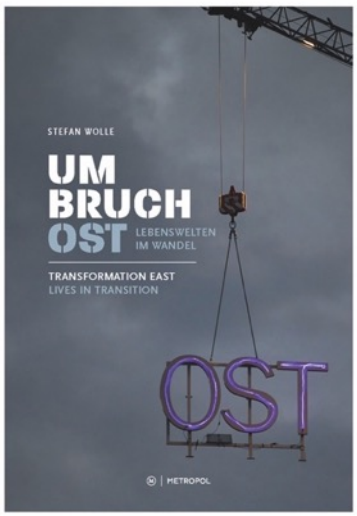
Der 1990 geprägte Satz »Kommt die D-Mark, bleiben wir – kommt sie nicht, dann gehen wir zu ihr«, der in der Ausstellung auch an ein Garagentor geschrieben zu sehen ist, erwies sich für die fünf neuen Bundesländer schnell als eine Illusion, denn insbesondere in den ländlichen Regionen setzte bald ein erheblicher Aderlass an jüngerer Bevölkerung in Richtung Westen ein, wie die Ausstellung – inklusive der sozialen Folgen – anhand von Zahlen und Bildern eindrucksvoll belegt.

Breiten Raum nimmt auf den Tafeln natürlich der politische Umbruch ein. Unter dem Titel »Aufarbeitung« findet sich nicht nur der Prozess gegen Erich Honecker sowie der Umgang mit den Stasi-Akten, sondern auch das wechselnde Schicksal von DDR-Denkmälern. Beispielsweise das Lenindenkmal in Berlin-Friedrichhain, das noch in der Spätphase der »Ära Ulbricht« vor genau 50 Jahren enthüllt worden war, verschwand im November 1991 auf Beschluss des Bezirks. Wenn es auch nicht, wie im Film *Goodbye Lenin* wirkungsvoll dargestellt, am Hubschrauberhaken entschwebte (dafür wäre es dann doch erheblich zu schwer gewesen), so wurde es jedoch in über hundert Einzelteile zerlegt und im Forst von Köpenick verbuddelt, bis zumindest der Lenin-Kopf 2015 wieder geborgen wurde und seither in der Zitadelle Spandau zu sehen ist. Die bauliche Entwicklung in der ehemaligen DDR wird anhand verschiedener Schwerpunkte deutlich gemacht – von der gelungenen Sanierung ganzer Altstadtkerne bis hin zu heiß diskutierten Fragen wie dem Abriss des »Palastes der Republik«.

Gemeinsame Ereignisse und Erfahrungen im wiedervereinigten Deutschland, die in Ost und West jedoch auf unterschiedliche Weise wirkten, neben ebenfalls breiten Raum ein. Etwa die Hauptstadtentscheidung für Berlin 1991, die Verhüllung des Reichstagsgebäudes 1995 oder die Elbeflut 2002 werden ebenso thematisiert wie der zunehmende Rechtsradikalismus. Stichwörter wie »Ostalgie« oder die »Rote-Socken«-Kampagne der CDU gegen die damalige PDS benennen signifikante Unterschiede in den politischen Kulturen von Ost und West.

Der Palast der Republik ist 2008 verschwunden. Manche sehen darin die Absicht, die Erinnerung an die DDR vollständig zu tilgen, wie der Satz »Die DDR hat es nie gegeben« ausdrückt.
Foto: Frank Jahnke

Angesichts des auch nach dreißig Jahren noch nicht abgeschlossenen Prozess des Zusammenwachsens ist es nur folgerichtig, dass die beiden letzten Tafeln die Überschriften »Unvollendet« und »Zwischenfazit« tragen. ■



► Die Ausstellung ist noch bis zum 16. Juni 2020 kostenlos und rund um die Uhr vor dem Abgeordnetenhaus zu sehen.

► Unter Titel ***Umbruch Ost – Lebenswelten im Wandel*** ist der Begleitband von Autor STEFAN WOLLE erschienen: Metropol-Verlag, Berlin März 2020, 128 Seiten, 12 Euro.

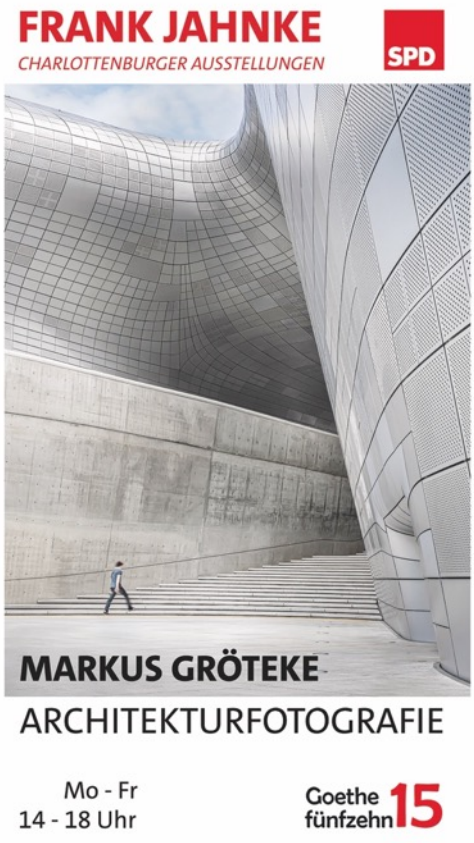
Goethe15

MARKUS GRÖTEKE

Wiedereröffnung der Ausstellung *Architekturfotografie*

Wie der Einzelhandel und auch Galerien musste auch unser Wahlkreisbüro GOETHE15 sich den Eindämmungsmaßnahmen beugen und für den Publikumsverkehr schließen.

Davon betroffen war das geplante CHARLOTTENBURGER GESPRÄCH mit MARKUS MECKEL über die Perspektiven auf die Deutsche Einheit 1990 und 2020, das hoffentlich bald nachgeholt werden kann, als auch weitere geplante Veranstaltungen wie das Frühjahrsfest mit dem FORUM AFRIKA.



Daher freuen wir uns besonders, dass die im Februar eröffnete Ausstellung MARKUS GRÖTEKE – ARCHITEKTURFOTOGRAFIE wieder besucht werden kann während der gewohnten Öffnungszeiten der GOETHE15.

Mo – Fr von 14 – 18 Uhr

Wir freuen uns auf Ihren Besuch! ■

Terminvorschau

26. Mai	**17 – 18 Uhr** **Kostenlose Rechtsberatung** mit RA ALEXANDER RUDOLPH in der GOETHE15
28. Mai	**17 – 18 Uhr** **Bürgersprechstunde** mit FRANK JAHNKE, MdA in der GOETHE15
11. Juni	**18 – 19 Uhr** **Bürgersprechstunde** mit FRANK JAHNKE, MdA in der GOETHE15
02. Juli	**18 – 19 Uhr** **Bürgersprechstunde** mit FRANK JAHNKE, MdA in der GOETHE15
28. Juli	**17 – 18 Uhr** **Kostenlose Rechtsberatung** mit RA ALEXANDER RUDOLPH in der GOETHE15

Weitere Informationen

Goethe fünfzehn 15

Goethestraße 15,
10625 Berlin

Öffnungszeiten:
Mo – Fr, 14 – 18 Uhr

✆ 030. 313 88 82

✉ wahlkreisbuero@frank-jahnke.de

💻 www.frank-jahnke.de

V.I.S.d.P.: MdA Frank Jahnke
Wahlkreisbüro Goethestr. 15, 10625 Berlin